

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepal. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von U. Brep. Druck von E. U. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

### Nach der Annahme des Youngplanes.

Die kommenden wirtschaftlichen Entscheidungen.

Die endgültige Regelung der Reparationsfrage, der sogenannte Youngplan, ist am 12. März 1930 vom Deutschen Reichstag angenommen worden. Für die Annahme stimmten 265 Abgeordnete, 192 dagegen. Die erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den Parteien Deutschlands sind damit vorläufig beendet. Die Mehrheit der Abgeordneten des deutschen Volkes hat sich für die Annahme des Youngplanes entschieden, der von den Andersgesinnten als das Dokument der ewigen Versklavung Deutschlands bekämpft wurde.

Zweifellos haben auch die Reichstagsabgeordneten, die bei der Abstimmung über den Youngplan mit „Ja“ stimmten, nicht leichten Herzens ihre Einwilligung gegeben. Auch nach den Bestimmungen des Youngplanes hat das deutsche Volk auf Jahrzehnte hinaus schwere Lasten zu tragen. Aber es ist ganz sicher, daß der Youngplan immerhin das kleinere Übel gegenüber dem Dawesplan ist. Der Youngplan setzt die durchschnittlichen jährlichen deutschen Reparationsleistungen mit 2050 Millionen Mark fest. Das ist eine ungeheure Belastung, ganz gewiß, aber nach dem Dawesplan mußten mindestens 2500 Millionen jährlich gezahlt werden. Eine fühlbare Erleichterung ist also doch eingetreten. Und die Räumung des Rheinlandes, die am 30. Juni d. J. beendet sein soll, ist doch auch ein nicht zu unterschätzender Vorteil, da dadurch die Souveränität des Reiches wieder voll hergestellt wird. Selbstverständlich waren die mannigfachen Vorteile, die der Youngplan gegenüber dem Dawesplan enthält, auch den nationalistischen Äußern im Streit gegen „die ewige Versklavung Deutschlands“ bekannt. Darin zeigt sich ja aber gerade die grenzenlose Demagogie dieser Leute, die dem Dawesplan zustimmten, obwohl er viel härtere Bedingungen enthielt als der Youngplan. Aber damals waren sie ja an der Regierung beteiligt. Heute sind diese Parteien in der Opposition, und es ist bekanntlich immer noch leichter gewesen, zu kritisieren als es besser zu machen. Gewiß ist durchaus kein Grund vorhanden, aus Anlaß der Annahme des Youngplanes Freudenfeste zu feiern. Niemand weiß besser als die Arbeiterschaft, daß die Reparationsleistungen auch auf ihre Lebenshaltung einen sehr fühlbaren Druck ausüben müssen. Aber es war ja gar kein anderer Ausweg möglich, als den Youngplan anzunehmen. Die Rechtsopposition verhielt sich immer wieder, anscheinend sehr bewußt, daß das deutsche Volk den Krieg verloren hat, richtiger gesagt, daß das kaiserliche Deutschland, und das wurde doch durch die heutigen „nationalen“ Parteien dargestellt, den größten aller Kriege verloren hat und daß die deutsche Republik nun für die furchtbaren Sünden des Kaiserturns büßen muß. Und wenn dazu von den Rechtsparteien gesagt wird: „Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende“, dann muß doch darauf hingewiesen werden, daß das für einen einzelnen „Deutschnationalen“ vielleicht möglich ist (aber die meisten verzichten in edler Bescheidenheit auch darauf!), wie stellen sie aber sich das Ende mit Schrecken für ein 60-Millionen-Volk für Frauen und Kinder vor? Diese schönen Worte im Munde der nationalistischen Opposition sind nichts weiter als eine gedanken- und verantwortungslose Phrase.

Der schmerzlichste Schlag war für sie aber, daß der Reichspräsident den Gesetzentwurf über den Youngplan unterzeichnete und ihm damit Gesetzeskraft verlieh. War nicht Hindenburg ihre letzte Hoffnung, der Mann, den sie als der Retter Deutschlands gepriesen hatten, als er sich auf wiederholtes Drängen herbeiließ, Präsidentschaftskandidat zu werden? Selbstverständlich ist Hindenburg nun bei allen „wahrhaft national Gesinnten“ untendurch: „Stahlhelm ruff passé, Hitler winkt Adieu!“ Das zeigt die wahre Gesinnung dieser guten Leute: Und der „König“ absolut, wenn er unsern Willen tut! Wir gönnen ihnen die schmerzliche Enttäuschung von Herzen.

Durch die Annahme des Youngplanes sind nun, von der politischen Seite gesehen, die Voraussetzungen für die äußerst notwendige Stabilität und die ruhigere Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft geschaffen worden. Die unklare Lage des Geldmarktes ist beseitigt, das Ausland wird wieder mehr Vertrauen zu Deutschland haben, nachdem es nun gesehen hat, daß im deutschen Volke der ernsthafte Wille für eine friedliche Verständigung besteht und die Sicherheiten für ruhige internationale Handels- und Wirtschaftsbeziehungen gegeben sind. Eine Belebung der deutschen Wirtschaft und damit eine Verminderung der ungeheuren Arbeitslosigkeit ist nun schon mit viel größerem Rechte zu erhoffen. Unbedingte Voraussetzung dazu ist allerdings die Ordnung der Reichsfinanzen. Das wird eine schwere Aufgabe der Regierung sein, aber sie muß gelöst werden, wenn nicht eine Dauerkrise eintreten soll, die unüberschbare Katastrophen mit sich bringen muß.

Überhaupt werden die wirtschaftspolitischen Entscheidungen, vor die die Regierung in der nächsten Zeit gestellt werden wird, nicht minder bedeutungsvoll und schwerwiegend sein als die außenpolitischen, die jetzt getroffen wurden. Nun werden die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, die Kämpfe um die

Verteilung der Lasten, erst anheben. Und da müssen die deutschen Arbeiter und die Gewerkschaften als deren berufene Vertreter scharf auf der Wacht sein, daß nicht zuletzt doch noch alles dem deutschen Arbeiter aufgebürdet wird, wenn auch in anderer Form, als es vorher beabsichtigt war. Gewiß werden sich Belastungen der Arbeiterschaft auch in der neuen Steuergesetzgebung nicht ganz vermeiden lassen. Auf keinen Fall dürfen diese Belastungen aber zu einer weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung der deutschen Arbeitermassen führen. Politisch gesehen, hat die deutsche Arbeiterschaft nicht den geringsten Anlaß, nun ganz allein die Lasten und Tribute aus dem Weltkrieg zu tragen, aus einem Kriege, den die deutsche Arbeiterschaft nicht gewollt und nicht verloren hat. Und für die Finanzlage des Reiches kann die Arbeiterschaft ebensowenig verantwortlich gemacht werden. Das ist noch eine Erbschaft, die die Rechtsregierung hinterließ. Wir haben keinen Grund, für die Sünden anderer nun neue finanzielle Belastungen auf uns zu nehmen, wir wollen auch nicht, daß die Rationalisierung ausschließlich auf Kosten der Arbeiterschaft durchgeführt wird und daß die Arbeiterschaft für die von ihr erarbeiteten Gewinne der Wirtschaft nun Arbeitslosigkeit und Abbau der Sozialversicherung eintauscht. Die Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung müssen nun endlich aufhören, nicht Abbau, sondern Ausbau ist unsere Forderung.

sich notwendig ergebende Ziel, die Arbeiterschaft gegen nachteilige Folgen der Rationalisierung und Technisierung und zugleich vor den steigenden gesundheitlichen Gefahren zu schützen. Dieses Ziel muß insbesondere durch eine der erhöhten Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates und der gesteigerten Leistung der Arbeiter entsprechende allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden.

Verschiedene deutsche Arbeiterkatter schlagen einen noch schärferen Ton an. So lesen wir in einem Artikel des Berliner „Vorwärts“: „Die Zeit ist reif für die Fünftagewoche, wenn auch vielleicht im unmittelbaren Augenblick die damit verbundenen finanziellen Schwierigkeiten unüberwindlich erscheinen. Arbeit über acht Stunden ist in einer Zeit, wo dreieinhalb Millionen Arbeitslose auf der Straße liegen, eine Barbarei, eine Gewissenlosigkeit.“ Die „Metallarbeiter-Zeitung“ sagt in einem der Fünftagewoche gewidmeten Artikel: „Die Forderung nach dem Achtstundentag muß durch die Forderung nach dem Siebenstundentag oder der fünf-tägigen Arbeitswoche abgelöst werden. In fünf Tagen hat heute der Arbeiter sein gesellschaftlich notwendiges Werk vollkommen verrichtet. Am sechsten und siebenten Tag aber soll er kein Werk tun, sondern die Früchte seiner Arbeit genießen, damit auch er Mensch sei und die Beschäftigungslosen Arbeit finden und Brot. Angesichts der ungeheuren, immer zunehmenden Beschäftigungslosigkeit ist ein tatkräftiger Anlauf zur Verwirklichung der fünf-tägigen Arbeitswoche sehr geboten. Es darf nicht mehr länger zugelassen werden, daß ein Teil der Arbeiterschaft immer unmenschlicher schafft, während der andere Teil überhaupt nichts zu schaffen hat und müßig auf den Straßen liegen muß. Freilich ist für diese Reform die internationale Aktion äußerst wünschenswert. Und dem Internationalen Gewerkschaftsbund winkt hier eine sehr dringliche Aufgabe. Ehe er sich aber in dieser Sache schlüssig werden kann, sollte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund alle seine Kräfte für die Reform mobilisieren.“

Betrachtet man die Dinge vom internationalen Standpunkt aus, so muß man sich unter Berücksichtigung aller von Land zu Land vorhandenen Verschiedenheiten vor allem fragen, wann der richtige Augenblick einer neuen, für die ganze Welt geltenden Lösung gekommen ist. Bei mancher schön klingenden Parole hat es sich in den letzten Jahrzehnten herausgestellt, daß sie mehr schadet als nützt, wenn sie verfrüht herausgegeben wird. Zuviel Zeit und Energie ist in manchen Fällen mit der bloßen Rückführung allzu weitgehender Forderungen auf ein erreichbares Maß verlorengegangen! Man ist deshalb mit „Forderungen auf weite Sicht“ äußerst vorsichtig geworden. Denn man weiß, daß sie oft die Aufmerksamkeit von den unmittelbaren Tagesaufgaben ablenken, falsche Perspektiven ergeben und die auf sofortige Verbesserungen hinzzielenden Aktionen lähmen. Es wirkt nicht gerade ermutigend, wenn man dauernd ein zwar schönes, aber fernliegendes Ziel vor Augen hat, während man jeden Tag feststellen muß, daß selbst das nahe Ziel, dessen Bedeutung natürlich durch das ferne Ziel verdunkelt wird, so schwer zu erreichen ist.

Dies gilt auch für die Arbeitszeitfrage. Natürlich muß es als Unfug und als wirtschaftlich wie sozial in hohem Maße unlogisch und schädlich bezeichnet werden, daß bei rückgehender Produktion und durch die Mechanisierung gewaltig erhöhter Produktionskapazität der Arbeitszeitverkürzung irgendwelche Hindernisse in den Weg gelegt werden. Da in den großen Industrieländern die durch die Rationalisierung herbeigeführten erhöhten Produktionsmöglichkeiten oft kaum zu 60 bis 70 Prozent ausgenützt werden, würde eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne weiteres durchführbar sein und wahrscheinlich das Bild der Produktion kaum ändern, ja, es würde wahrscheinlich auch dann die Produktionskapazität in vielen Fällen noch nicht voll ausgenützt werden.

Es handelt sich jedoch, so weit die Arbeiterschaft in Betracht kommt, nicht um diese Erkenntnis, sondern darum, ob sie angesichts der mangelnden Erkenntnis und des schlechten Willens der Unternehmer wirksam in die Tat umgesetzt werden kann. Und da muß zunächst einmal gesagt werden, daß eine erfolgreiche Aktion in einer Zeit rückgängiger Konjunktur und gewaltiger Arbeitslosigkeit eine schwierige Sache ist. „Hungermärsche“ und Schießereien mit der Polizei ändern da wenig. Bedenkt man ferner, daß trotz Arbeitslosigkeit und Achtstundentag in vielen Ländern der Überstundenunfug — der zum Teil auch auf das Konto der Lässigkeit der Arbeiter zu setzen ist — noch äußerst große Dimensionen hat, und die achtstündige Arbeitszeit noch bei weitem nicht verwirklicht ist, so ist man geneigt, die Energie und die Kräfte der Gewerkschaften zunächst einmal für näherliegende Ziele in Anspruch zu nehmen.

Wie stellt sich, international betrachtet, die Lage zur Zeit dar? Auch heute noch, zehn Jahre nach der Annahme der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag, ist dieses Übereinkommen, das der Grundpfeiler des Achtstundentages genannt wird, nur in sieben Ländern ratifiziert: Belgien, Bulgarien, Chile, Tschechoslowakei, Griechenland, Luxemburg und Rumänien.

### Erkenntnis!

Erkenntnis schaffen ist die erste Pflicht.  
Wer nicht erkennt, für den ergibt sich nicht  
Das Ziel, das zu erstreben ist,  
Das der Erfüllung Leben ist.  
Aus der Erkenntnis reißt die Tat.  
Und deshalb suche früh und spät  
Dich zur Erkenntnis durchzuringen!  
Ist erst der Drang zur Tat geweckt,  
Dann wirst du durch die Tat erzwingen,  
Das, was du dir als Ziel gesteckt!  
Wenn wir erkennen, was wir wollen,  
Dann wissen wir auch, was wir sollen!

Laetz.

Wo aber die Arbeiterschaft die Signale der Zeit verstanden hat, da wird sie durch ihre starken Gewerkschaften mit Erfolg den Forderungen auf der einen Seite den Lohnausgleich auf der anderen Seite entgegenstellen können. Dazu gehören allerdings schlagkräftige Gewerkschaften, die instande sind, sowohl den notwendigen Lohnausgleich zu schaffen als auch die sozialpolitischen Errungenschaften zu sichern und auszubauen. Ohne die sozialpolitischen Sicherungen für die Arbeiterschaft geht es gar nicht, und die Herrschaften, die die Sozialversicherung am liebsten ganz beseitigen möchten, sollten sich einmal vorstellen, was denn wohl in Deutschland geschehen würde, wenn man das ungeheure Heer der Arbeitslosen ganz ohne jede Unterstützung ließe. Daran wurden die Sozialreaktionäre wenig Freude haben. Also Vorsicht mit solchen Experimenten!

Mit der Reichstagsentscheidung am 12. März, den die „Deutsche Werksgemeinschaft“, das „Kampf“organ der werks-gemeinschaftlichen Arbeiterbewegung den schwärzesten Tag Deutschlands nennt, sind die parlamentarischen Kämpfe zu einem großen Teile beendet, die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen kommen noch, und sie werden nicht weniger bedeutungsvoll und erbittert sein, im Gegenteil, sie werden die Arbeiterschaft noch viel unmittelbarer berühren. Rufen wir uns dafür, indem wir unsere freien Gewerkschaften mit allen Kräften stärken und ausbauen!

### Das internationale Problem der Arbeitszeitverkürzung.

Im Hinblick auf die riesige Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern sehen sich die Gewerkschaften verschiedener Länder erneut für die Verkürzung der Arbeitszeit ein. So beschloß in England eine Konferenz von 30 Gewerkschaften, den Generatrat des Britischen Gewerkschaftsbundes aufzufordern, sich zugunsten der Einführung der fünf-tägigen Arbeitswoche und der 44stündigen wöchentlichen Arbeitszeit für die Arbeiter des Staatsdienstes auszusprechen. Der Sitzung kommt besondere Bedeutung bei, da sie vom Vorsitzenden der britischen Landeszentrale präsiert wurde.

In Deutschland befaßte sich kürzlich eine Sitzung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ebenfalls mit der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit, und zwar im speziellen Zusammenhang mit dem Rationalisierungsproblem. In der angenommenen Resolution heißt es u. a.: „Der Bundesausschuß bezeichnet es als das aus der gesamten Entwicklung der Wirtschaft und der Technik

Was man von einem Achtstundentag in Bulgarien, Chile, Griechenland und Rumänien nicht sprechen kann, liegt auf der Hand. Bleiben also nur die Tschechoslowakei, Belgien und Luxemburg übrig, deren Gewerkschaften allzeit noch einen energischen Kampf gegen den Überstundenunfug zu führen haben. Was die beiden großen Industrieländer, Deutschland und Großbritannien, betrifft, von deren Ratifizierung eine Reihe von anderen Ländern die Ratifizierung abhängig gemacht hat, so ist wohl die Ratifizierung wiederholt versprochen worden; der Weg zu diesem Ziel scheint sich jedoch mit dem Näherkommen zu verlängern. Wohl haben der deutsche Reichsarbeitsminister und der Reichsminister des Auswärtigen dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem die Zustimmung zum Washingtoner Abkommen ausgesprochen wird. Da jedoch dieses Gesetz gleichzeitig mit dem Arbeitsschutzgesetz in Kraft treten soll und dieses Arbeitsschutzgesetz — wie schon das letzte Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ausführt — frühestens im Herbst dieses Jahres verabschiedet werden wird, wird ein entscheidender Schritt — wahrscheinlich auch in England! — erst erfolgen, wenn schon bald der Zeitpunkt erreicht ist, wo in Ost wieder neue Kämpfe bei der nunmehr statutarisch fälligen Durchführung der Konvention einsehen werden.

Was für Deutschland gilt, nämlich, daß die Landeszentrale selber zunächst alle ihre Kräfte für die Reform mobilisieren soll, gilt auch für alle anderen Länder. Zunächst geht es überall darum, daß in den verschiedenen Gewerkschaften, je nach Möglichkeit und Umständen, ein energischer Kampf für die Einhaltung des Achtstundentages, die Vermeidung von Überstunden und schließlich für die weitere Verkürzung der Arbeitszeit geführt wird. Trotz der in anderer Hinsicht ungünstigen Aussichten können auf diese Weise vereinzelt bei tatkräftigem Zugreifen da und dort schon Erfolge erzielt werden. Jeder dieser Erfolge wird der allgemeinen Sache der Verkürzung der Arbeitszeit dienen und den Augenblick näherücken können, wo die Möglichkeit praktischer Resultate einer Parole auf weitere Verkürzung der Arbeitszeit wenigstens so nahe gekommen ist, daß sie nicht mehr in der Luft hängt.

Dieser Zeitpunkt ist vielleicht zur Zeit für die amerikanischen Gewerkschaften gegeben, obwohl auch in Amerika — entgegen den oft übertriebenen Meldungen — die Fünftagewoche noch eine große Ausnahme ist und sich nur über einzelne, oft sehr unbedeutende Betriebe erstreckt. Im Süden der USA wird auch heute noch fast allgemein zehn Stunden pro Tag gearbeitet. Noch vor ganz kurzer Zeit lobte ein Arbeiterblatt den Gouverneur von Nord-Carolina für seine Absicht, an Stelle eines Gesetzes über die 48stündige Arbeitswoche ein Gesetz betr. die 55stündige Arbeitszeit zur Annahme zu bringen. — Es ist deshalb auch kein Zufall, daß sich der letzte amerikanische Gewerkschaftskongress bei der Behandlung der Frage der Fünftagewoche speziell auf die Forderung der Einführung „der 44-Stunden-Woche für Mechaniker, gelernte und ungelernete Arbeiter, Helfer und Handlanger der wichtigsten industriellen Betriebe der Bundesregierung“ konzentrierte. Will man genau wissen, wie hoch der Prozentsatz der Mitglieder des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes ist, die fünf Tage pro Woche arbeiten, so findet man eine Übersicht im Berichte der Exekutive an den im Jahre 1928 (also in einer Zeit der Hochkonjunktur) in New Orleans abgehaltenen Kongress. Man kann daraus ersehen, daß, abgesehen von unrichtigen Veräufungen, wie Granitarbeiter, Arbeiter der Schiffbauindustrie usw., die größten Quoten der fünf Tage beschäftigten Arbeiter auf Saisonarbeiter, d. h. Bekleidungsarbeiter und Beamte des Baugewerbes, entfallen (Maler, Maurer usw.). Die genaue Zahl der fünf Tage (das heißt 40 Stunden) beschäftigten Mitglieder der A. F. of L. belief sich damals auf 165 000, bei einer Gesamtzahl von 8 076 550 in den USA beschäftigten Lohnarbeitern und zirka 3 000 000 Mitgliedern der A. F. of L.

### Die Staf.

Ein wunderschönes Wort, und heißt ungekürzt „Stahlhelm-Selbsthilfe“. Man denkt da unwillkürlich an Stahlriemen, an Helmknöpfe, an Fausthämmer, Schlagringe, Revolver, Messer usw. Aber dieser Verdacht ist falsch. Es handelt sich tatsächlich um eine finanzielle Selbsthilfe der Stahlhelmbünder, um ein Unterstützungssystem, ein Kampfmittel gegen die Gewerkschaften. In einem Merkblatt wird den Arbeitern erzählt, welche Vorteile ihnen durch die Mitgliedschaft beim großen Stahlhelm winken.

In dem Merkblatt wird erzählt, es soll der soziale Spargedanke in die Tat umgesetzt werden. Daß der Arbeiter, dem sein Einkommen schon nicht gestattet, sich und seine Familie richtig zu ernähren, sparen soll, ist ein ganz dummes Zeug, das nicht besser wird, wenn man den Arbeitlosen über Sparen einen Vortrag hält. Sparen, das ist die alte abgelebte Melodie der Unternehmer und all-herer, die auf Kosten der Arbeitenden ein angenehmes Leben führen.

Aber das Stahlhelm-Merkblatt spricht ja vom sozialen Sparen. Also, nicht der einzelne soll für sich sparen, sondern er soll seinen Pfau in den großen Stahlhelmsopf legen. Und nun höre was sagende Pflüchtigkeit des Merkblattes:

„Die Mitgliederbeiträge helfen bei ihr (der Stahlhelm-Selbsthilfe. Die Red.) keinen Kollektivismus wie bei den Gewerkschaften, sondern bleiben persönliches Spareigentum jedes einzelnen Mitgliedes.“

Was klingt schön, aber es kommt gleich anders. Das „persönliche“ Spareigentum bleibt für bestimmte Zeiträume gesperrt, sagt das Merkblatt.

Drei verfügbar von dem jeweils vorhandenen persönlichen Vermögen sind:

- nach 10 Jahren 20 Prozent
- nach 15 Jahren 25 Prozent
- nach 20 Jahren 30 Prozent
- nach 25 Jahren 35 Prozent
- nach 30 Jahren 40 Prozent
- nach 35 Jahren 100 Prozent

### Aber damit hat noch niemand etwas von seinem „persönlichen“ Sparguthaben in Händen. Es heißt nämlich dann:

„Bei Austritt oder Ausschluß erfolgt keine Auszahlung des Guthabens.“

Das heißt also: Wer Mitglied des Stahlhelms wird, verzichtet auf seine persönliche Freiheit und macht sich zum Geleuten. Er muß sich die unwürdigste Behandlung gefallen lassen, sonst entzieht man ihm sein „persönliches“ Sparguthaben. Wir wissen ja, wie leicht beim Kommissar ein mitleidiger „Gemeiner“ ins Loch fliegen konnte. Beim Stahlhelm hat man ja wohl ähnliche Praktiken zur Verfügung. Auch Frauen werden in die Stahlhelm-Selbsthilfe als Mitglieder aufgenommen.

„Das soziale Ziel der Stahlhelm-Selbsthilfe ist die Entproletarisierung der deutschen Menschen.“

Wir fassen die Sache so auf: Wer nicht zum Stahlhelm gehört, der wird in den von Stahlhelmlenten besetzten Betrieb an die Luft gesetzt, entlassen, dann ist er entproletarisiert. In manchen Betrieben wird heute schon so verfahren, z. B. bei der Deutschen Erdöl-W., Mineralwerke Kositz. Dort haben die gelben Stahlhelmer unter Ausnutzung der Krise eine intensive Agitation unter den freigewerkschaftlich organisierten entfaltet. Man droht mit Entlassung bei Weigerung des Eintritts in den „Staf“. In letzter Zeit ist mehreren der Entlassenen bei der Aushandlung der Papiere ein Stahlhelm-Merkblatt in die Hand gedrückt worden mit der vertraulichen Bemerkung, das Blatt durchzulesen und dann noch einmal vorzusprechen, vielleicht sei doch Arbeit vorhanden. Wegen solche Methoden muß sich die Arbeiterchaft wehren. Die Betriebsräte müssen der Unfug steuern.

### Auch

deine Mitarbeit bei der nun beginnenden Frühjahrsgewerkschaften können wir nicht entbehren. Die Aufgaben, die den Gewerkschaften in den nächsten Monaten gestellt werden, sind so groß und erfordern soviel Kraft und organisatorische Geschlossenheit, daß kein Kollege bei der kommenden Frühjahrsgewerkschaft keine Mitarbeit verlagen darf. So mußst auch

### Du

durch eifrige, unermüdete Werbearbeit dazu beitragen, den Verband durch Zuführung neuer Mitglieder zu stärken. Sage nicht, daß es „doch nichts nützt“ und daß du ja „nichts dafür kriegst“, wenn du dich in den Dienst der Organisation stellst und bei der Agitation mithilfst. Mit jedem einzelnen Mitglied, das du zum Verbandsführer vermachst, du die Erfolgsschritte in den harten und unaussprechlichen Kämpfen, die die Organisation in der nächsten Zeit führen muß. Du

### mußt

alle deine unorganisierten Kollegen im Betriebe davon zu überzeugen suchen, daß sie sich alle deinem Verbandsangehörigen anschließen müssen, wenn sie den Wünschen und Forderungen der Unternehmer auf Abbau der Löhne und der sozialpolitischen Errungenschaften einen erfolgreichen Widerstand entgegensetzen wollen. Hilf deinem Verbandsführer durch unablässige Werbearbeit, desto mehr kann deine Organisation dir

### helfen!

## Was nützt uns die Diskontsenkung?

Die Senkung des Reichsbankdiskonts auf 5% Prozent ist für die Belebung der Wirtschaft eine zweifellos sehr erfreuliche Tatsache. Sie war die Folge der Verflüssigung der Geldmärkte im Inland und im Ausland. Eine Verbilligung auf dem Geldmarkt hatte die Diskontsenkung nicht zur Folge, da die Sätze dort den neuen Diskontsatz bereits häufig unterschritten haben. ... Bankkredite der Wirtschaft wurden entsprechend billiger, da die Kundenkredite der Banken sich gewohnheitsgemäß nach den Sätzen des Reichsbankdiskonts richten. Somit bedeutet die dreimalige Diskontsenkung von 7 auf 5% Prozent eine entsprechende Verbilligung der Betriebskredite. Indessen fehlt es der deutschen Wirtschaft an Anlagekapital. Deshalb erhebt sich die Frage, ob die Verbilligung der kurzfristigen Darlehen auch die Belebung der langfristigen Anlagen zur Folge haben wird. In sich wäre es zu erwarten, daß die niedrige Verzinsung der kurzfristigen Kapitalien die Kapitalbesitzer zur langfristigen Hergabe ihrer Kapitalien, die erheblich höhere Zinsen bringt, bewegen wird. Trotzdem stößt die Versorgung mit langfristigen Kapitalien auf große Schwierigkeiten. Der Aktienmarkt, diese wichtigste Stütze für langfristige Anlagen, wird gemieden. Die Mißbräuche im Aktienwesen haben die Kapitalbesitzer zur Flucht aus der Aktie veranlaßt. Auch die Verhältnisse auf dem Renten- und Pfandbriefmarkt sind nicht danach, um die Anlagefähigkeit anzuregen. Die Aufnahme von langfristigen Anleihen im Ausland begegnet noch Hindernissen, die zum Teil in den Zuständen auf dem amerikanischen und französischen Kapitalmarkt, zum Teil aber in den inländischen Verhältnissen begründet sind. Das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Wirtschaft wurde künstlich erschüttert einmal durch die erfolgreiche Propaganda der Unternehmer in Steuer- und Finanzfragen, zum anderen durch die Wahlarbeit politischer Abenteurer, die die Gefahr einer Inflation als propagandistische Grundrunden an die Wand malten. Umfangreiche deutsche Kapitalien verlassen das Land, und auch diese Kapitalflucht hat die Versorgung der Wirtschaft mit langfristigen Kapital stark beeinträchtigt. Was auch an Vereinfachungen für Hergabe von Auslandsanleihen übrig bleibt, wird von der verhängnisvollen Tätigkeit der Beratungs-

stelle, die Anleihen der öffentlichen Hand verbündert, künstlich ferngehalten. Unter solchen Umständen ist für die Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft die Diskontsenkung der Reichsbank, so erwünscht diese auch war, weniger bedeutungsvoll als der Abschied eines Reichsbankpräsidenten, dem die Erschwerung der Kapitalversorgung Deutschlands in nicht geringem Maße zu verdanken ist. Wird sein Nachfolger sich von jenen einflußreichen Kreisen, die vom Reichsbankpräsidenten Schacht unterstützt wurden, ebenfalls einspannen lassen und die gefährliche Kapitalpolitik von Schacht fortsetzen? Das Schicksal von Millionen Arbeitslosen hängt zum guten Teil davon ab, daß dieser eine solche Politik nicht verfolgt und, wenn er die Neigung hätte, in die Fußstapfen seines Vorgängers zu treten, mit allen Kräften daran gehindert werde.

## Bericht des Gaus 4 über das Jahr 1929.

Zur Belebung der Agitation, besonders in der Ziegelindustrie Pommerns und Mecklenburgs, waren zwei Kollegen eingestellt. Von dem Ergebnis in Pommern waren wir, unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage in der Ziegelindustrie, befriedigt. Wir sind in Ziegeleibetrieben eingebunden, wo wir bisher nicht Fuß fassen konnten. Weniger befriedigend war das Ergebnis in Mecklenburg.

Um uns und den einzelnen Ziegelleuten die Agitation zu erleichtern, sind wir im Jahre 1929 dazu übergegangen, durch Schmelzung eine Bezirkszahnstelle zu bilden und einzelne Zahnstellen an die bereits bestehende Bezirkszahnstelle Straßburg anzugliedern. Die Zahnstellen Duderow, Jahnitz und Adernünde sind zu einer Bezirkszahnstelle verschmolzen. Die Zahnstellen Demmin, Lohj und Grimmen haben sich an die Bezirkszahnstelle Straßburg angeschlossen.

Um die Agitation unter unseren Frauen und Mädchen vorwärts zu treiben, hatten wir die Kolleginnen Jammert (Sannover) und Rumberger (Branau) für Versammlungen gewonnen. Aber die Erfolge in den gut besuchten Versammlungen müssen von den Zahnstellen besser ausgenutzt werden. Zur weiteren Belebung der Agitation unter den Frauen hatten wir am 15. September 1929 eine Frauenkonferenz einberufen, in der die Kolleginnen Jammert und Rumberger referierten. Die Kolleginnen beteiligten sich in diesem Jahre schon mehr an den Schulungskursen in Wennigsen als bisher. Manche dieser Kolleginnen interessieren sich jetzt mehr für die Verbandsaktivität als viele Kollegen, die die Verbandschule besucht haben. Aber wir müssen auch endlich tüchtige Kolleginnen in die Verwaltung hineinwählen und sie heranziehen zur aktiven Mitarbeit.

Eine große Vernachlässigung haben wir betreffs der Gewinnung der Jugendlichen zu verzeichnen. Das muß im Jahre 1930 besser werden.

Es fanden 1929 zwei Zahnstellenleiter-Konferenzen statt, und zwar je eine für Pommern und Mecklenburg, auf denen der Kollege Adler (Sannover) über das Betriebsrätegesetz und das Arbeitsrecht referierte.

Der Mitgliederbestand im Jahre 1929 ist um 281 höher als im Jahre 1928. Wenn wir dabei berücksichtigen, daß viele für uns zuständige Betriebe stillgelegt sind, wodurch den Zahnstellen jede Ausdehnungsmöglichkeit genommen wird, so kann man mit dem Gewinn noch zufrieden sein, obwohl in manchen Zahnstellen noch mehr in der Agitation getan werden kann.

Das wirtschaftlich ungünstige Jahr 1929 wollten die Unternehmer für sich ausnützen. Sie wollten die Löhne in unseren Provinzen abbauen, die nach einer Denkschrift der Landeshauptleute schon 35 v. H. unter dem Durchschnitt der übrigen Löhne des Reiches liegen. Unsere Antworten auf die Abbauwünsche der Unternehmer waren Lohnforderungen in Höhe von 10 Pf. pro Stunde. Wo uns die Verträge nicht von den Arbeitgeberern gekündigt werden, haben wir sie gekündigt und gleichzeitig eine Lohn-erhöhung von 10 Pf. pro Stunde gefordert. Jene Industrien, die sich mit uns zuerst an den Verhandlungen beteiligten, leisteten jeder Lohnhöhung den schärfsten Widerstand.

Für die Mecklenburger Ziegelindustrie wurde vom Schlichtungsamt ein Spruch gefällt, daß die bisherigen Löhne bestehen bleiben sollten. Vor dem Schlichter in Hamburg wurde dieser Spruch jedoch geändert, indem für alle Ortsklassen eine Lohn-erhöhung von 3 Pf. pro Stunde vorgelesen und angenommen wurde. In Pommern, wo ein einheitlicher Bezirkslohntarif noch nicht besteht, wurde in den meisten Fällen mit Hilfe des Schlichtungsamtes auschufes und des Schlichters eine durchschnittliche Lohn-erhöhung von 4 Pf. pro Stunde durchgesetzt. Dabei wurden Betriebe erfährt, die erst durch die Agitation gewonnen waren. In dem Betrieb der Firma Keiper (Oranburg) mußte um die Anerkennung des Lohnes gestreikt werden. Der Streik ging zunächst durch Zugung von Arbeitern vom Lande verloren. Als der Streik aufgehoben war, wurden die Streikbrecher zum Teufel gejagt und der Unternehmer holte sich unsere Leute, soweit sie bei ihm wieder arbeiten wollten, wieder und zahlte ihnen, was sie vorher gefordert hatten. Auch in der Bezirkszahnstelle Straßburg gelang es, mit Ziegeleibessern Verträge abzuschließen.

Wir haben also in der Grobkeramik trotz des schwachen Baumanarktes einen verhältnismäßig guten Abschluß zu verzeichnen.

In der chemischen, Papier-, Öl-, Seifen-, Zucker- und Konfektindustrie wurde nach heftigen Widerständen eine durchschnittliche Lohn-erhöhung von 4 Pf. pro Stunde erreicht. Es gelang uns auch, in der Stärkeindustrie mehr Einfluß als bisher zu gewinnen, Löhne zu erhöhen und Tarife abzuschließen. Auch konnten wir in die Fischkonservenindustrie des Straßburger Bezirks einbringen, die Löhne wesentlich erhöhen und Tarifverträge vereinbaren.

Für die Kolleginnen und Kollegen, die von dem Fünf-Städte-Vertrag erfasst wurden, wurde der Lohn ebenfalls um 4 Pf. pro Stunde erhöht.

Weitere Lohnfolge wurden erzielt in den Kreidewerken in Großswald und auf Rügen, in den Rohrgewerkschaften in Fid-dichow, in der Zementwarenen- und Kunstseifenfabrik in Grevesmühl-nen, in den Kalkseifenfabriken in Gollnow und Treprow, in den Kalk-werken Gramenz und Jarnglaff, in den Röhrenerien in Wismar und so weiter.

Von der Gauleitung wurden 110 Klagen vor den Arbeits-gerichten vertreten. Daburch konnten über 12 000 Mk. für die Kollegen gewonnen werden.

Von der Bezirksleitung in Mecklenburg wurden im Jahre 1929 17 Klagen vertreten, davon gingen fünf verloren.

Leider kommt es immer wieder vor, daß die Kollegen sowohl der Rechtsabteilung als auch uns nicht immer den wahren Tatsachenzustand angeben.

Die Zahl der Prozesse, die allein von der Gauleitung geführt sind, beweist, was sich die Unternehmer an Übertrichtungen des Arbeits- und Tarifrechts herausnehmen. Wie würde es aussehen, wenn die Arbeiter nicht die Gewerkschaften im Rücken hätten? Die Erfolge, die die Gewerkschaften für ihre Mitglieder auf dem Gebiete des Arbeits- und Tarifrechts vor den Arbeitsgerichten erzielt haben, müssen mehr als bisher von unseren Kollegen für die Agitation ausgenutzt werden. Leider geschieht dieses nicht.

Das Jahr 1929 brachte uns einen Zugang von 511 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl betrug im 1. Quartal 18 576, im 4. Quartal 19 087. Die Beitragsleistung betrug im 1. Quartal 207 205 Marken, 11,1 Mark pro Kopf, im 4. Quartal 227 549 Marken, 11,9 Mark pro Kopf; muß also noch besser werden. Der Umfang der Tätigkeit der Gauleitung im Jahre 1929 kommt darin zum Ausdruck, daß zur Erledigung aller Geschäfte 915 Verhandlungen, Konferenzen, Revisionen und sonstige Veranstaltungen wahr-genommen werden mußten.

Mit unserer Tätigkeit haben wir im Interesse unserer Kollegen mehr getan als jene Kritiker, die nach einer bestimmten Moskauer Parole alles herunterreißten, aber nichts besser machen können. Wir

werden auch in Zukunft bestrebt sein, das zu tun, was wir im Interesse der Kollegen für notwendig halten...

Frauenfragen.

Frauenkonferenz im Gau 6.

Nachdem in einer ganzen Anzahl von Gauen Konferenzen für unsere Arbeiterinnen stattgefunden haben, ging auch für die schlesischen Arbeiterinnen ein lange gehegter Wunsch in Erfüllung.

Am 2. März 1930 hatten sich die Arbeiterinnen aus den Provinzen Nieder- und Oberschlesien in Plegniß versammelt, um Erfahrungen auszutauschen, Aufklärungen entgegenzunehmen und neue Anregungen, neue Kraft und neuen Mut für die weitere Gewerkschaftsarbeit mit nach Hause zu nehmen.

Über Frauenkonferenzen ist ja in den letzten Monaten in unserem Verbandsorgan sehr viel berichtet worden. Neu dürfte jedenfalls die Tatsache sein, daß es gelungen war, in einer wohlüberdachten Tagesordnung nur Frauen mit Referaten zu betrauen.

Im dritten Punkt der Tagesordnung hatte die Kollegin Richter (Hirschberg) das schwierige Gebiet der Frauenwerbung und der Erfolgsmöglichkeiten der Frauenwerbung zu behandeln, während im Punkt „Verschiedenes“ noch besondere Wünsche der Kolleginnen zum Ausdruck gebracht wurden.

Der Aufbau der Tagesordnung gewährte somit die Voraussetzung für eine erschöpfende Behandlung aller die Frauen interessierenden Fragen.

Im ersten Punkt der Tagesordnung ging die Kollegin Prokoff von drei Fragen aus: 1. Warum haben wir so viele Frauen im Produktionsprozeß? 2. Warum bieten sie ihre Arbeitskraft an? 3. Reichen die Erwerbsmöglichkeiten zum Unterhalt aus?

In einem sehr gut ausgearbeiteten Vortrag gab die Referentin, durch Zahlenmaterial ihre Angaben belegend, eine eingehende Erläuterung der drei grundsätzlichen Fragen. Insbesondere bei der Erörterung der Erwerbsmöglichkeiten, d. h. der Frauenlöhne, war es der Referentin möglich, aus ihrer Praxis Beispiele anzuführen, aus denen die große Spanne zwischen Frauen- und Männerlöhnen hervorging.

Der Vortrag klang in einem Ausruf aus, die System gewordene Unterbewertung der Frauenarbeit beseitigen zu helfen und zu diesem Zweck die gewerkschaftliche Organisation auszubauen.

2. Über die Geschichte des Arbeiterinnenschutzes, über die wesentlichen Etappen der Entwicklung bis zum heutigen Standpunkt, unterrichtete ein sehr instruktiv gehaltenes Referat der Kollegin Jammert (Hannover) vom Arbeiterinnensekretariat beim Hauptvorstand. Recht interessante Mitteilungen über die Arbeiterschutzverhältnisse in anderen Ländern zeigten deutlich, daß auch der Arbeiterinnenschutz nur auf internationaler Grundlage zum Wohle der gesamten Menschheit wirksam durchgeführt werden kann.

Zum Schluß brachte die Kollegin Jammert eine ganze Reihe sozialhygienischen Materials aus den verschiedensten Industriegruppen, die für unseren Verband zuständig sind, und sprach schließlich auch über die Bedeutung der internationalen Frauenkonferenzen in Paris. In der Aussprache, die den beiden Referaten folgte, kamen recht erschütternde Bilder zur Sprache, in welcher Form und in welchem Ausmaß im Jahre 1929/30 Frauen ausgenützt und die Frauenschutzbestimmungen umgangen werden.

In ihrer bekannnten temperamentsvollen Art verstand die Kollegin Richter die Anwesenden durch ihre Ausführungen zu fesseln. Sie erörterte die verschiedenen Arten

gewerkschaftlicher Werbetätigkeit, kam auf die Hilfsmittel, wie Lichtbild, Filmveranstaltungen, gesellschaftliche Veranstaltungen usw., zu sprechen und bewies dadurch, daß allerdings in jedem Ort von Fall zu Fall je nach den vorhandenen Mitteln und nach dem Menschenmaterial die Anwendung des einen oder des anderen Werbemittels geprüft und durchgeführt werden sollte.

An den Vorstand wurde die Forderung gerichtet, Sonderkurse für Frauen, evtl. mit gewerbehygienischen Vorträgen, abzuhalten. Insbesondere soll die Schule in Wennigsen für Frauen mehr als bisher zur Verfügung gestellt werden.

Der Eindruck der Konferenz auf alle Teilnehmer war der beste. Der Wunsch des Gauleiters, Kollegen Thiemer, daß von dieser Konferenz aus eine Belebung der Frauenarbeit im Verbands der Fabrikarbeiter im Gau 6 ausgehen möge, wird sicherlich, schon nach dem äußerlichen Umfange zu urteilen, in Erfüllung gehen.

Durch die riesengroße Arbeitslosigkeit und durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in diesen Industrien scheint den Unternehmern die Zeit für einen Generalangriff auf die Löhne und auf die sozialen Einrichtungen gekommen zu sein.

Wir

müssen mit allen Kräften darangehen, unsere Organisation zu stärken und auszubauen, die Mitgliederzahl zu steigern, die organisatorische Einheit und Geschlossenheit zu mehrern, die finanzielle Rüstung des Verbandes zu verbessern.

müssen

bei der Frühjahrsagitation, die nun einsetzt, ihr Bestes tun; in dem Wettstreit zur Gewinnung neuer Mitglieder darf es kein Erlassen geben.

rüsten,

daß wir den Abbauwünschen der Unternehmer nicht nur erfolgreich begegnen können, sondern darüber hinaus unsere Gegenforderungen durchsetzen können.

Berichte aus den Zahlstellen.

Brannschweig. Am 9. März 1930 wurde unser Film „Aufstieg“ vorgeführt. Der Saal, der circa 1300 Plätze faßt, war voll besetzt.

Zu der Vorführung waren sämtliche Pressevertreter Brannschweigs eingeladen. Leider war von den bürgerlichen Kritikern nur einer erschienen, der in seinem Blatte einen sehr kurzen Bericht brachte.

Wenn die Einrichtungen, die im Film gezeigt worden sind, schon drapiert wirken, so sind sie mit denen, wie sie vor etwa 35 Jahren noch bestanden, gar nicht zu vergleichen. Es gab in jener Zeit eine Anzahl Ziegeleien, die solche Einrichtungen, wie sie gezeigt wurden, noch nicht hatten.

Für diese Arbeit, die große körperliche Anstrengungen erforderte, wurden pro Tag 75 Pf. gezahlt. Daneben hatte man natürlich freie Kost und freies Logis. Der Arbeitstag dauerte von Sonnenaufgang bis untergang.

Wir haben sich die Verhältnisse heute geändert! Solche Dinge, wie die geschilberten, kennt man nicht mehr. Sie klingen wie ein Märchen oder wie Aufschneperei, und doch sind sie bittere Wahr-

heit gewesen. Auch in den entlegensten Winkeln sind solche Dinge in Deutschland nicht anzutreffen. Wenn diese menschenwürdigen Zustände beseitigt worden sind, so ist dieses nur dem Verband der Fabrikarbeiter zu danken.

Die Jugend kennt solche Arbeitsverhältnisse nicht mehr. Sie ist in die neuzeitlichen, von den Allen unter sehr vielen Opfern erkämpften Arbeitsbedingungen eingetreten.

Köln. Der Betriebsrat im Großbetriebe in der Kunstfeldenindustrie. Die kommunistische Presse läßt kein Mittel unversucht, die Tätigkeit der Betriebsräte herabzusetzen.

In Wirklichkeit weiß die Arbeiterschaft die Tätigkeit der Betriebsräte wohl zu schätzen. Die praktischen Erfolge und die unendlich viele Kleinarbeit, die auch für den einzelnen geleistet wird, teilweise über den Rahmen des Aufgabenkreises der Betriebsräte hinaus, hat den Betriebsräten Achtung und Anerkennung innerhalb der Arbeiterschaft verschafft.

Der Arbeiterrat der Glasstoff-Courtaubs, G. m. b. H., Köln-Merheim, hat uns gebeten, den nachstehenden Bericht über seine Tätigkeit während eines Jahres zu veröffentlichen:

Table with 2 columns: Activity and Count. Includes Verhandlungen mit Betriebsmeistern (210), Verhandlungen mit der Direktion (124), etc.

Das Arbeiterratsbüro wurde von 4023 Personen besucht. Die Auskünfte betrafen:

Table with 2 columns: Inquiry type and Count. Includes Krankenkassenfragen (1187), Rechtsauskünfte (774), Soziale Fragen (547), etc.

Wir haben in der Berichtszeit 162 Klagen vertreten, meist gemeinsam mit dem Fabrikarbeiterverband. Erreicht wurde:

Table with 2 columns: Claim type and Amount. Includes an rückständigem Lohn, an Rückzahlung von Strafen, an Entschädigungen insgesamt der Betrag von 1580 Mark.

Insgesamt wurden auf Grund der Gewerbeordnung und der Arbeitsordnung von der Direktion 128 Entlassungen verfügt. Durch Verhandlungen und Klagen am Arbeitsgericht wurden davon 36 männliche und 42 weibliche Entlassungen wieder eingestell.

Durch die Anträge des Arbeiterrats und des Fabrikarbeiterverbandes wurden für 760 Personen Lohnhöhungen durchgeführt, für 260 Personen teilweise Verschlechterungen abgewehrt.

In ganz besonderem Maße haben wir die Interessen der Arbeiterinnen wahrgenommen. Das eingeführte Strafsystem konnte für die große Mehrzahl der Arbeiterinnen beseitigt werden.

Dieser Bericht spricht eine lebendige Sprache von der Weisheit der Tätigkeit des Arbeiterrats. Die kommunistischen Schreiber leisten mit ihren Parolen der Arbeiterschaft einen schlechten Dienst, und deshalb muß es die Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft sein, stärker als bisher diesen Phrasendreschern die Antwort zu erteilen, die ihnen gebührt.

Tredsen-Pauschwitz. Herr Kommerzienrat Wiede, der Besitzer der Papierfabrik in Firma Wiede u. Söhne, hat der Deutschen Turnerschaft eine Turnhalle mit dem dazugehörigen Turnplatz geschaffen.

Der Herr Kommerzienrat Wiede hat sich für die Arbeiter in seinem Betriebe sehr verdient gemacht. Schon vor längerer Zeit sind Arbeiter entlassen worden, die nicht zuviel waren, aber leider krank geworden sind.

Die Arbeiter im Betriebe zu beschäftigen. Auch die Bearbeiter des Betriebes wurden entlassen. Weshalb läßt man nicht die notwendigen Reparaturen vornehmen? Wiederholt hat Herr Wiede doch ein Wohlwollen bewiesen.

Die Arbeiter im Betriebe zu beschäftigen. Auch die Bearbeiter des Betriebes wurden entlassen. Weshalb läßt man nicht die notwendigen Reparaturen vornehmen? Wiederholt hat Herr Wiede doch ein Wohlwollen bewiesen. Er hat schon öfter die Beamten und Angestellten des Betriebes zusammengekommen, um sie einmal zu bewirten.

Kleines Süsschen bekommen, und während der Abendveranstaltung sollten sie noch einmal mit Kaffee und Zwieback bewirtet werden.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang März 1930.

Nach der Arbeitslosenstatistik der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat es den Anschein, als ob die Arbeitslosigkeit Anfang März den Höhepunkt überschritten hat.

Die Zahl der untertätigen Erwerbslosen überstieg in diesem Jahre sogar die außerordentlich hohen Zahlen der vorjährigen Rälteperiode. Trotz der milden Winterwitterung, die die Fortsetzung von Außenarbeiten erlaube, war die Zahl der Untertätigen in diesem Jahre um 33 000 höher als im Vorjahre.

Table showing employment statistics for various industrial groups like Fabrikarbeiterverband, Chemie, Papier, etc., with columns for 'Ende Januar' and 'Ende Februar'.

Abrechnung der Hauptkasse

4. Quartal 1929.

Financial statement table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe', listing various items and their amounts.

Die Zahl der untertätigen Erwerbslosen überstieg in diesem Jahre sogar die außerordentlich hohen Zahlen der vorjährigen Rälteperiode.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Paul Umbreit als Jubilar.

In diesen Tagen wurden es 30 Jahre, daß Paul Umbreit das Amt eines Redakteurs bei der „Gewerkschaftszeitung“ bekleidet.

Wirtschaftliches.

Die Konzentration bei den Aktiengesellschaften. Nach „Wirtschaft und Statistik“ hat sich das Durchschnittskapital je Aktiengesellschaft von 1,8 Millionen Mark Ende 1927 auf 1,96 Millionen Mark Ende 1928 und weiter auf 2,1 Millionen Mark Ende 1929 erhöht.

Rechtsprechung.

Die Direktorengelder, von denen die Betriebsräte nichts wissen sollen. In seiner Entscheidung vom 26. Februar d. J. hat das Reichsarbeitsgericht das Kontrollrecht des Betriebsrates über die Einkünfte der Direktoren und Angestellten abgelehnt.

weitere Verschlechterung der Beschäftigungslage eingetreten. Die Entlassungen in der chemischen Großindustrie aus Gründen der „Rationalisierung“ haben noch weiter angehalten.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschloffen.

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 die bisherigen Mitglieder der Jahrestellen: Gluckstadt: Heinrich Döfel, Mitgl.-Nr. 847 569; Goslär (Hartz): August Banerow, Buch-Nr. 696 551; Franz Friedrichs, Buch-Nr. 747 535; Jena: Rudolf Machlett, Buch-Nr. 871 245; Ostfriesen: Buch-Nr. Gl. 76 865; Friedrich Kunkel, Buch-Nr. Gl. 222 158; Alfred Voltrath, Buch-Nr. Gl. 206 406; Alfred Röll, Buch-Nr. S II 781 190.

Bezirksleitung Rostock in Mecklenburg.

Alle Zuschriften und Zusendungen sind an den Kollegen Rüdiger Rostock i. Meckl., Beim Grünen Tor 2, zu richten.

## Chemische Industrie

### Die Zelluloidindustrie. Technik und Wirtschaft des Zelluloids und der plastischen Massen.

#### Technik.

Mit der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Menschen wuchs die Zahl der Werkstoffe, deren sich die Menschheit bediente. Schon sehr früh spielen Gebrauchsgegenstände und Schmucksachen aus Elfenbein, Schildpatt, Knochen, Bernstein usw. eine bedeutende Rolle. Mit dem zunehmenden Verbrauch dieser Stoffe und einer gleichzeitig einsetzenden Knappheit der natürlichen Rohstoffe begann das Suchen des Menschen nach geeigneten Ersatzstoffen.

Als Ersatz für die obengenannten Naturprodukte hat sich seit Anfang der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts das sogenannte Zelluloid eingebürgert, das heute in Industrie und Technik eine bedeutende Rolle spielt. Die Erfindung des Zelluloids, das, wie der Name schon besagt, auf Zellulose basiert, ist eng verknüpft mit der Sprengstoffindustrie. Es war im Jahre 1845, als der zu Mehingen in Württemberg geborene Chemiker Friedrich Schönbein die Nitrozellulose oder Schießbaumwolle durch eine Behandlung von Baumwolle mit einem Gemisch von Salpeter- und Schwefelsäure herstellte. Auf dieser Schießbaumwolle baut sich 1855 eine Erfindung des englischen Chemikers Parkes in Birmingham auf, die dem heutigen Zelluloid sehr nahe kam. Er mischte die Nitrozellulose oder Schießbaumwolle mit Holznaphtha unter Zusatz von Rizinus- und Baumwollamenöl, dem er einen geringen Teil Chlorschwefel beimischte. Dieses durch ein englisches Patent geschützte Produkt nannte er Parkesin. Die dem Elfenbein ähnliche Masse konnte jedoch keine größere wirtschaftliche Verbreitung finden, da die Herstellungskosten im allgemeinen zu hoch waren.

Als die eigentlichen Erfinder des Zelluloids gelten die Gebrüder Hyatt. John Hyatt, der im Staate New York eine Buchdruckerei betrieb, gelang es im Jahre 1861, eine Masse herzustellen, die der Erfindung Parkes gleich und die er zur Herstellung von Buchdruckwalzen benutzte.

Als in den 1860er Jahren das Billardspiel sich zunehmender Beliebtheit erfreute, war damit ein erheblicher Verbrauch an Billardbällen verbunden. Auf der Suche nach billigem Elfenbeinersatz veranstaltete eine New Yorker Billardfirma ein Preiswettbewerb, das die Gebrüder Hyatt veranlasste, erneut Experimente zur Herstellung einer Elfenbeinersatzmasse zu unternehmen. Es gelang ihnen, eine bedeutende Verbesserung dadurch zu erzielen, daß sie der Schießbaumwolle oder Kollodiumwolle größere Mengen von Kampfer zusetzten. Die Explosivität der Schießbaumwolle wurde dadurch stark herabgemindert. Im Jahre 1869 erhielten zum ersten Male die Gebrüder Hyatt ein amerikanisches Patent auf die Erfindung des Zelluloids. Das Verfahren der Gebrüder Hyatt bestand darin, daß sie gewaschene Nitrozellulose zu einer kneitbaren Masse zusammenballten, die dann unter großem Druck gepreßt und nach der Trocknung wieder zerkleinert wurde. Durch Zusatz von Kampfer in der Hälfte des Gewichtes wurde diese Masse gemischt und bis zum Schmelzen erwärmt. Später wurde dieses Verfahren oftmals abgeändert, doch ist der Herstellungsprozeß in der Hauptsache derselbe geblieben.

Die wirtschaftliche Ausbeutung dieser Erfindung wurde durch die „Albany Billard Ball Company“ betrieben. Auch in England gelangen ungefähr zur gleichen Zeit die Versuche der Schaffung eines Elfenbeinersatzes, jedoch führten sie zu keinem praktischen Erfolg. Die früheren Namen Parkesin und Lophozyl wurden bald allgemein abgeändert durch den Namen Zelluloid. Gar bald kam es, nachdem die Gebrüder Hyatt gezeigt hatten, wie man durch Lösung der Nitrozellulose in Kampfer plastische Massen herstellen kann, zur Ausarbeitung verschiedener Verfahren der Zelluloidherstellung.

Auch in Deutschland wandte sich das allgemeine Interesse dem Zelluloid zu, und der erste Betrieb, der sich praktisch damit beschäftigte, war die Rheinische Gummi- und Zelluloidfabrik zu Mannheim, die in größerem Ausmaß zur Fabrikation überging.

Seitdem hat die Zelluloidindustrie in Deutschland einen gewaltigen Aufschwung genommen. Die Fabrikation geschieht heute so, daß auf stabilisierte ensäuerte Kollodiumwolle mit einer konzentrierten alkoholischen Kampferlösung in einem geschlossenen Knetwerk innig vermischt wird, wobei 70 bis 75 Teile v. H. Kollodiumwolle benutzt werden und der Rest zirka 25 bis 30 v. H. Kampfer oder Kampferersatzmittel, Füll- und Farbstoffe sowie Weichmachungsmittel sind. Dieses Gemisch filtriert man mit zirka 300 Atmosphären Druck durch engmaschiges Zeuggewebe, wobei der verdunstende Alkohol zurückgewonnen wird. Die fertige Masse preßt man warm zu rechteckigen Blöcken von 2 Meter Länge, 1 Meter Breite und 0,5 Meter Höhe, die später in dünne oder dickere Tafeln auf einem Kalanderwerk zu Stäben, Röhren und anderen Formen gepreßt werden.

Zellhorn (so lautet die Allgemeinbezeichnung für Zelluloid) ist, wenn aus reinen Rohstoffen hergestellt, in dünnen Schichten glasähnlich durchsichtig, weshalb es in der Filmindustrie weitgehende Verwendung fand. Durch Zumischung im Knetprozeß kann es durch Farb- und Füllstoffe getrübt und marmoriert, durch Zusammenpressen mehrere Tafeln auch bunt gemustert werden. Sehr beliebt ist die Elfenbeinfarbe, die klare und flockige Bernstein- sowie die rotbraun gefleckte Schildpattimitation. An Stelle des ursprünglichen reinen Kampfers benutzt man heute im allgemeinen künstlichen Kampfer, der jedoch nicht die Quellfähigkeit des Naturproduktes erreicht.

Technisch findet heute Zelluloid auf unzähligen Gebieten Verwendung, so in der Kammer-, Schmuck- und Spielwarenindustrie, für Isolier- und Elektrozwicke. Es dient heute in großem Umfange als Ersatz für Marmor, Bernstein, Schild-

patt, Perlmutter usw. Zelluloid läßt sich außerordentlich leicht verarbeiten; namentlich bereitet das Schneiden, Bohren und Kleben keine großen Schwierigkeiten. Außerdem läßt es sich erwärmt biegen und in jede gewünschte Form pressen und blasen. Dabei hat es eine polierfähige, stark glänzende Oberfläche von ziemlich harter Beschaffenheit und ist bei gewöhnlichen Temperaturen gegen mechanische und chemische Beanspruchung in hohem Grade widerstandsfähig.

Neben diesen verhältnismäßig günstigen Eigenschaften hat das Zelluloid leider verschiedene sehr erhebliche Nachteile. Der größte Nachteil ist die starke Feuergefährlichkeit. Namentlich bei der Bearbeitung, wobei Abfälle, Späne und Staub entstehen, ist die Brandgefahr besonders groß. Einmal in Brand geraten, ist die Löschung fast immer erfolglos. Besonders gefährlich sind größere Mengen. Zelluloid verbrennt bei genügendem Zutritt unter einer äußerst heftigen Stichflamme; es verbrennt etwa fünfmal so schnell wie Papier. Man hat berechnet, daß ein Gramm Zellhorn in Form von Filmen etwa 600 Kubikzentimeter Gas bildet. In Amerika wurden Versuche angestellt, wobei 1900 Pfund Zelluloidfilme in einem Probegewölbe in drei Minuten verbrannt sind. In einem anderen Falle wurden 32 000 Pfund, die in einem Lagerhaus untergebracht waren, in zehn Minuten von den Flammen aufgezehrt. Zelluloid ist deshalb besonders gefährlich, weil bereits eine Temperatur von 150 Grad zur Entzündung genügt. Eine Temperatur von etwas über 100 Grad Celsius, also eine Temperatur, die ungefähr der eines Zimmers oder einer Dampfheizung entspricht, ist geeignet, das Zelluloid zu einer flammenlosen Zersetzung zu bringen, wobei Wolken von Kampferdämpfen, Stickoxyd, Kohlenoxyd und Blausäure entstehen, die außerordentlich starke Gifte für den Menschen sind.

## Eine Frage an den Überstundenschieber.

Ungefähr 3 Millionen Arbeitslose bevölkern den deutschen Arbeitsmarkt; dazu kommen noch die ungezählten Massen der Familienangehörigen, die Not leiden müssen, weil die Ernährer keine Arbeitsmöglichkeit haben. Kannst du es verantworten, daß du dieses furchtbare Elend noch vermehrest, indem du 10, 12, 14 Stunden täglich arbeitest? Ist es sozial, ist es gerecht, ist es solidarisch, ist es menschlich gehandelt, wenn du durch deine Überstundenschufterei hungernden Menschen eine Arbeitsmöglichkeit wegnimmst?

Unter besonderen Umständen kann bei der flammenlosen Zersetzung eine Explosion eintreten. Dichtgepacktes Zellhorn, wie es zum Beispiel in Filmrollen vorkommt, birgt die besondere Gefahr in sich, daß, nachdem es einmal in Brand geraten, eine Löschung unmöglich ist. Die Zersetzung geht in diesem Falle selbst unter dem Wasser flammenlos vor sich, wobei sich die vorgenannten giftigen Gase entwickeln. Der ungeheure Brand in einem amerikanischen Krankenhaus, der noch im Gedächtnis sein wird, ist durch diese Eigenschaft des Zelluloids zu erklären.

Man suchte deshalb nach neuen Stoffen, die die Vorteile aber nicht die Nachteile des Zelluloids in sich vereinen. In der Azetylzellulose wurde ein brauchbares Ersatzmittel für die Nitrozellulose gefunden. Auf dieser Basis fortbauend, hat man neue Produkte unter dem Namen Zellit und Zellon entwickelt, die nur schwer brennbar sind. Zellit, eine an und für sich wenig bildsame Masse, kann durch geeignete Zusätze in das besser zu verarbeitende Zellon umgewandelt werden. Die Eigenschaften sind dieselben wie beim Zelluloid; das Produkt ist jedoch nicht feuergefährlich, wohl aber sind die Herstellungskosten höher.

Mit Alkoholen oder sonstigen Lösungsmitteln zusammengebracht, bereitet man aus Zellon die bekannten Zellonlacke, die eine weit verbreitete Verwendung gefunden haben. Daneben soll erwähnt werden, daß man aus Azetylzellulose hochwertige Kunstseide herstellen kann.

Eine weitere Gruppe von Ersatzstoffen stellt man aus der Gruppe der sogenannten Zelluloseäther her. Diese besitzen den Vorteil, daß sie sich in einer sehr großen Menge von Lösungsmitteln lösen lassen, sie zeichnen sich durch außerordentliche Beständigkeit bei Hitze, gegen Alkalien und Säuren aus; sie haben eine sehr große Geschmeidigkeit und Widerstandsfähigkeit, sind unverbrennbar, haben ein niedriges spezifisches Gewicht und sind sehr ausgiebig. Die Verwendbarkeit dieses Stoffes ist fast unbegrenzt. Die Zelluloseäther eignen sich für die Herstellung von plastischen Massen jeder Art, welche als Ersatz für Zelluloid, Horn, Ebenit, Elfenbein, Glas, Schildpatt, Holz usw. dienen sollen. Sie sind zu benutzen für die Herstellung von Anstrich und Lackmischungen, für die Herstellung von veredelten Harzen und Harzerlösungen, für die Herstellung von Filmen, künstlichen Fäden, Klebemitteln und Kitten, Druckwalzen, hektographischen Massen usw. Außerdem für Appreturen und Überzüge jeder Art, namentlich für Textilgewebe und Textilfasern. Als Überzug für Papier und Papierappretur finden sie ebenfalls Verwendung. In zunehmendem Maße werden sie auch verwendet in der Wachs- und Dichtungindustrie sowie zur Herstellung von Kunstleder aus Textilstoffen. Auch die Linoleum- und Fußbodenbelagindustrie bedient sich dieser Ersatzstoffe; jetzt bereitet man auch schon Pflasterersatz und wasserdichte Tapeten daraus. Damit ist die Verwendungsfähigkeit keineswegs erschöpft, täglich werden neue Verwendungszwecke erschlossen.

Neuerdings bereitet man aus dem sogenannten Zelluloseparthenogenat das Zellophon, papierähnliches, durchsichtiges, dünnes Material, das von der Firma Kalle in Biebrich her-

gestellt wird und für Verpackungszwecke usw. zunehmende starke Verwendung findet.

Die bisher geschilderten Ersatzstoffe gehören der Gruppe der sogenannten Zelluloseprodukte an. Außerdem unterscheidet die Kunststoffindustrie noch die Gruppe der sogenannten Kondensationsprodukte und der Eiweißstoffe. Die Kondensationsprodukte sind vorwiegend die chemischen Verbindungen zwischen Phenol- und Formaldehyd oder Harnstoff und Formaldehyd. Sie sind kollodial, d. h. leimartiger Natur und erinnern in ihren Eigenschaften an die Naturharze, weshalb sie auch als Kunstharze bezeichnet werden. Zu dieser Gruppe gehört das bekannte Bakelit, das durch Einwirkung von Alkali, Phenol und Formaldehyd stufenweise gehärtet wird. Bakelit ist hart wie Horn, unlöslich und unschmelzbar und hält Temperaturen bis zu 300 Grad Celsius aus. Bakelit findet als Werkstoff weitgehende Verwendung; daneben ist er aber auch Ersatz für eine Reihe von Naturharzen für farb- und lacktechnische Zwecke. Ebenfalls zu dieser Gruppe gehören die sogenannten Alkylolole, die von der Firma Albert in Wiesbaden-Biebrich hergestellt werden.

Zur Gruppe der sogenannten Eiweißstoffe ist das Galalith zu zählen, ein Kunststoff, der aus Milch gewonnen wird. Der Herstellungsprozeß vollzieht sich so, daß Kasein, das aus fettfreier Magermilch mit Lab gefällt wird, mit wenig Wasser angemacht, warm durch starken Druck in einer Press- und Knetmaschine zu blasenfreier Masse verarbeitet und zu Stäben geformt wird. Die so gewonnenen Stücke werden in eine Formaldehydlösung gebracht, wodurch sich Kasein chemisch mit Formaldehyd zu Galalith verbindet und dadurch beständig gegen Wasser und Fäulnis wird. Ursprünglich ist Galalith weiß bis gelblich durchscheinend; es läßt sich aber ebenso wie Zelluloid beliebig färben und trüben. Gegenüber dem Zelluloid ist es härter und weniger elastisch. Galalith ist nicht feuergefährlich und ist hochpolierfähig. Es wird in zunehmendem Maße in der Technik sowie in der Luxusindustrie verarbeitet.

Damit ist die Liste der Kunststoffe auf der Basis von Zelluloid und ähnlichem nicht erschöpft. Ihre Aufzählung würde zu weit führen, die wesentlichsten sind bereits geschildert worden. Die Entwicklung der Kunststoffindustrie ist noch nicht abgeschlossen, sondern sie ist noch in Fluß.

Welche Bedeutung diese Industrie für die deutsche Wirtschaft hat, geht daraus hervor, daß in schnell aufsteigender Linie die Fabrikation dieser Stoffe zunimmt. In Deutschland bestehen zur Zeit zirka acht Fabriken, die Rohzelluloid herstellen. Davon sind fünf größere und drei kleinere Betriebe. Die Weltproduktion betrug im Jahre 1926 zirka 40 000 Tonnen Rohzelluloid; davon entfiel auf Deutschland ein Anteil von 10 000 bis 15 000 Tonnen. Die Mehrausfuhr an Zellhorn und Zellhornwaren betrug für Deutschland:

Jahr	Tonnen	Wert
1913	5 440	31,40 Mill. Mark
1926	6 780	58,30 Mill. Mark
1927	10 467	76,74 Mill. Mark
1928	12 594	81,78 Mill. Mark

Im Jahre 1929 wurden in Deutschland etwa 12 Millionen Kilogramm Rohzellhorn erzeugt im Werte von ungefähr 60 Millionen Mark. Exportiert wurden zirka 4,5 Millionen Kilo Rohzellhorn, eingeführt dagegen 347 300 Kilo. Der Wert der hergestellten Zellhornwaren kann auf etwa 150 Millionen Mark geschätzt werden, woraus man ersehen kann, daß die Veredelungsindustrie auf dem Gebiete der Zelluloidverarbeitung erhebliche Verdienstmöglichkeiten hat. Etwa die Hälfte der hergestellten Zelluloidwaren wird ausgeführt. Kein zahlenmäßig betrug die Ausfuhr 4 534 600 Kilogramm. Eingeführt wurden an Zelluloidwaren 134 600 Kilogramm. Rechnet man die Ausfuhr von Rohzelluloid und Zelluloidwaren zusammen, so ergibt sich, daß die Ausfuhr gegenüber der Einfuhr die erdrückende Mehrheit hat.

Die Zahl der in der Rohzelluloidherstellung beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wird mit zirka 5000 Beschäftigten nicht zu hoch gegriffen sein. In der Gesamtzelluloidindustrie einschließlich der verarbeitenden Industrie dürften alles in allem heute 15 000 Menschen Beschäftigung finden. Es muß jedoch festgestellt werden, daß auch in dieser Industrie die Rationalisierungsbestrebungen in starkem Maße eingeleitet haben und damit die Existenz eines Teils der Arbeiter bedroht ist.

Aber die Rationalisierung und die wirtschaftliche Konzentration in der Zelluloid- und verwandten Industrie soll in einem weiteren Artikel berichtet werden. K. Segerer.

### Betriebsratswahl im Leunawerk.

Die am 11. und 12. März erfolgte Betriebsratswahl auf dem Leunawerk führte zu einem großen Erfolg der freien Gewerkschaften und brachte der kommunistischen Opposition eine katastrophale Niederlage. Trotz ungeheurer Anstrengungen unserer Gegner und einer Flut von Verleumdungen, die die Christlichen, Gelben und die Kommunisten über die freien Gewerkschaften ergossen, trotzdem sie in der Presse und in mehr als einem halben Duzend Flugblättern die gemeinsten Verdächtigungen verbreiteten, daneben am Tage der Wahl ihre Drabhtzieher ins Werk schickten und auf den Wahlhöfen durch Sprechbühnen nach kommunistischer Art für die Opposition warben, ging die Stimmenzahl der K.P.D. von 9 259 im Vorjahre auf 4 763 bei dieser Wahl zurück. Die Kommunisten verloren dadurch im Betriebsrat fünf und im Arbeiterrat vier Mandate. Die freien Gewerkschaften aber konnten mit 5 115 Stimmen die Spitze erobern.

Es erhielten Stimmen und Sitze im Betriebsrat:  
Freigewerkschafter 5 115 Stimmen und 10 Sitze (1929 5 917 Stimmen und 8 Sitze),  
Kommunistische Opposition 4 763 Stimmen und 9 Sitze (1929 9 259 Stimmen und 14 Sitze),  
Gelbe 2 218 Stimmen und 5 Sitze (1929 1 736 Stimmen und zwei Sitze),  
Christen 730 Stimmen und 1 Sitz (1929 541 Stimmen und 0 Sitze).  
Mit dieser Entscheidung haben die Leunawerker den kommunistischen Spalt eine gründliche Abfuhr erteilt. Die Freigewerkschafter können auf diesen Erfolg stolz sein, um so mehr, als sie diesen Fortschritt erzielten in einer Zeit stärkster wirtschaftlicher Depression.

Um die Dinge richtig zu sehen, muß man die Vorgeschichte ein wenig kennen. Man muß wissen, daß seit vielen Jahren, seit 1924 und 1925, die Kommunisten den Betriebs- und Arbeiterrat im Leunawerk beherrschten. Es ist verständlich, daß die Kommunisten alles getan haben, um diese Hochburg zu halten. Die Gegenstände verschärften sich ganz besonders bei der vorjährigen Wahl. Die Kommunisten erhielten damals mit 9259 Stimmen und 14 Sitzen im Arbeiterrat die Mehrheit. Diese Mehrheit hatte aber weder den Willen noch die Fähigkeit, Arbeiterinteressen wirkungsvoll zu vertreten. Sie hatte nur eine Aufgabe, kommunistische Parteipolitik zu machen, das heißt also, die Kollegen der freien Gewerkschaften bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit zu verleumben und zu beschimpfen. In diesem Kampf gegen unsere Kollegen fanden sich diese sonderbaren „Revolutionäre“ zu einer festen Gemeinschaft mit den Gelben und Christen zusammen. Die Verhältnisse in den Arbeiterratsitzungen wurden schließlich derart, daß es die freigewerkschaftlichen Vertreter überhaupt ablehnen mußten, mitzuarbeiten. Die Kommunisten, die sich offenbar in den Sitzungen mit den Christen und den Gelben doch nicht so recht wohl fühlten, stellten dann schließlich nach einiger Zeit den Antrag, den Betriebs- und Arbeiterrat, in dem sie die Mehrheit hatten, aufzulösen und die Neuwahlen auszusprechen. Wir waren selbstverständlich dafür, und auch die anderen Gruppen waren einverstanden. So ist es denn zu einer so frühzeitigen Neuwahl gekommen. In dem Wahlkampf wurde von unseren Gegnern, insbesondere von den Kommunisten, nichts unversucht gelassen, um bei den Wahlen zu siegen. Von 12 826 abgegebenen Stimmen haben die Kommunisten aber nur 4763 erhalten.

Die Kommunisten sind von 58 Prozent im Jahre 1925 auf 34 Prozent in diesem Jahre zurückgegangen. Die freien Gewerkschaften hingegen sind von 25 Prozent im Jahre 1925 auf 37 Prozent in diesem Jahre gestiegen. Wir beobachten also ein ständiges Zurückgehen des kommunistischen Einflusses und eine steigende Einflußnahme der freien Gewerkschaften, so daß wir heute zur stärksten Gruppe geworden sind. Wenn man den ungeheuren Kampf, die maßlose und schmutzige Hege der Kommunisten gegen die freien Gewerkschaften sieht, wenn man seit Jahr und Tag die von der kommunistischen Parteileitung bewußt herbeigeführte Zersplitterung der Arbeiterschaft in Betracht zieht, dann versteht man auch, daß die Christen und Gelben trotz der Massenanklagen noch Stimmen gewonnen haben. Sehr viele dieser Heiden, die früher bei der „revolutionären“ Opposition waren, sind heute Funktionär bei den Gelben.

Die kommunistische Partei bedenkend, das zeigte auch diese Wahl, Niedergang, die freien Gewerkschaften bedeuten Aufstieg. Hoffentlich erkennen bald alle Arbeiter der Leunawerke, daß nur die festgefügte Front der freien Gewerkschaften in der Lage ist, die Interessen der Arbeiterschaft wirksam zu vertreten.

Heinrich Fischer, Merseburg.

### Papier-Industrie

#### Schafft Unfallverhütungs-Kommissionen!

Eine Reihe schwerer Unfälle im Jahre 1928 veranlaßten die Direktion und den Betriebsrat der Zellstoff-Fabrik Waldhof in Mannheim-Waldhof, der Frage der Unfallverhütung ein erhöhtes Interesse zuzuwenden. Das Ergebnis einer Aussprache war die Schaffung einer Unfallverhütungs-Kommission.

Die Zusammensetzung der Kommission. Die in der Zellstoff-Fabrik Waldhof gebildete Unfallverhütungs-Kommission setzt sich zusammen aus:

- 1 Obermeister des Fabrikationsbetriebes,
- 1 Obermeister der Handwerker,
- 2 Arbeitern des Betriebes und
- 1 Mitglied des Betriebsrats.

Die Leitung der Kommission liegt in der Hand eines gewählten Vorsitzenden. Die Kommission selbst arbeitet mit der Direktion des Werkes auf das engste zusammen.

#### Aufgabe und Tätigkeit der Kommission.

Die Unfallverhütungs-Kommission muß von jedem Unfall sofort benachrichtigt werden und sendet sofort mindestens eines ihrer Mitglieder an die Unfallstelle. Hierbei soll genau festgestellt werden, worauf der Unfall zurückzuführen ist und ob Verbesserungen der Schutzvorrichtungen durchgeführt oder eine Änderung der Fabrikation getroffen werden können, um derartige Unfälle zu verhüten. Ferner wird festgestellt, ob eine Schuld eines Dritten an dem Unfall vorliegt. Über das Ergebnis dieser Untersuchungen hat die Unfallverhütungs-Kommission der Direktion einen ausführlichen Bericht zu erstatten.

In gewissen Zeitabständen unternimmt die Unfallverhütungs-Kommission regelmäßige Rundgänge durch die Fabrik, um sich speziell mit der Durchführung der Schutzvorrichtungen zu beschäftigen und evtl. neue notwendige Schutzvorrichtungen anzuregen. Auch über diese Kontrollen erhält die Direktion der Firma einen ausführlichen Bericht. Sie hat sich bereit erklärt, diese Beweise daraufhin zu prüfen, inwieweit die Vorschläge durchgeführt werden können.

#### Unfallstatistik.

Die Unfallverhütungs-Kommission hat ferner die Aufgabe, die vorkommenden Unfälle genau zu registrieren und eine Statistik darüber anzustellen. An Hand dieser Statistik sollen dann Rückschlüsse gezogen werden, die zu einer weiteren Verhütung von Unfällen führen.

#### Belehrung der Arbeiterschaft.

Die weitere Aufgabe der Unfallverhütungs-Kommission besteht darin, in zweckentsprechender Weise die Arbeiterschaft der Fabrik über die Art der Entstehung und die Verhütung der Betriebsunfälle aufzuklären.

#### Die bisherigen Ergebnisse.

Die seit 3 Jahren bestehende Unfallverhütungs-Kommission hat festgestellt, daß häufig den eigentlichen Unfallursachen nicht genügend Beachtung geschenkt wurde, während bei Beachtung der Ursachen Wiederholungen der Unfälle hätten verhindert werden können. Neben mangelhaften Betriebs-einrichtungen und Materialfehlern seien Leichtsinn oder Nachlässigkeit der Beteiligten die Ursache zu den Unfällen gewesen. Daneben seien die Unfälle sowohl auf mangelhafte Belehrungen als auch auf Ungelegenheit oder Unerschaffenheit der Arbeiter zurückzuführen gewesen. Bei Zurückbildung der geistigen und körperlichen Tüchtigkeit des einzelnen Arbeiters zu seiner Arbeitsverrichtung sei es gleichfalls möglich, Unfallverhütung zu wirken.

Die Unfallverhütungs-Kommission habe deshalb dafür Sorge zu tragen, daß diesen Fragen weitestgehend Beachtung geschenkt wird, und daß deshalb die Unfälle leichtester Art auf das geringste Maß herabgedrückt werden.

Die Unfallverhütungs-Kommission hat zur besseren Beobachtung und Beurteilung der Unfälle die vorkommenden Unfälle in folgende zehn Gruppen eingeteilt:

1. durch höhere Gewalt verursachte Unfälle;
2. durch mangelhafte Schutzvorrichtungen verursachte Unfälle;
3. durch unvollkommene Einrichtungen verursachte Unfälle;
4. durch mangelhafte Vorsicht des Arbeiters verursachte Unfälle:
  - a) durch mangelhafte Vorsicht des Verunglückten,
  - b) durch mangelhafte Vorsicht eines Mitarbeiters;
5. durch körperliche oder geistige Ungeeignetheit des Arbeiters verursachte Unfälle;
6. durch nachfolgende Infektion verursachte Unfallmeldungen und durch nicht sofortige Behandlung kleinerer Verletzungen;
7. auf dem Wege von und zur Arbeit verursachte Unfälle;
8. durch zu schlecht bezahlte Altkorbhänge verursachte Unfälle;
9. durch zu starke Ermüdung verursachte Unfälle und
10. am Montag vorkommende Unfälle.

Im Jahre 1928 seien 368 Unfälle in der Zellstofffabrik Waldhof gemeldet worden. Davon seien allein 198 auf die Gruppe 4, also mangelhafte Vorsicht des Arbeiters, entfallen. Erug im Jahre 1928 die mangelnde Vorsicht des Arbeiters noch an 56,6 Prozent aller Unfälle die Schuld, so war es möglich, durch die Aufklärungsarbeit der Unfallverhütungs-Kommission diesen Prozentsatz auf 44,6 Prozent im Jahre 1929 herabzudrücken. Die Unfallverhütungs-Kommission vertritt sich besonders durch die Belehrung der Arbeiterschaft eine wesentliche Besserung in der Unfallverhütung.

#### Überwachung der Betriebsicherheit.

Die Unfallverhütungs-Kommission wurde von der Direktion der Zellstofffabrik Waldhof ferner beauftragt, die Überwachung der Sicherheit des ganzen Betriebes zu übernehmen und neben der Aufklärung der Arbeiterschaft über Unfälle durch gegenseitige Verständigung Mängel und Mißstände zu beseitigen, die geeignet sind, Unfälle herbeizuführen.

### Die Flut der Arbeitslosigkeit

bedroht immer noch die deutsche Arbeiterschaft. Millionen von fleißigen Händen dürfen nicht schaffen; für Millionen von Arbeitern ist im Produktionsprozeß der privatkapitalistischen Wirtschaft kein Platz; Millionen von Frauen und Kindern darben und hungern. Und immer mehr Arbeitskräfte setzt die Rationalisierung, die fortschreitende Technisierung frei. Bessere Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten ist unumgänglich notwendig, wenn eine dauernde Besserung auf dem Arbeitsmarkt eintreten soll. Eine bessere Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten ist nicht möglich ohne eine durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit. Der erste Schritt zur Verkürzung der Arbeitszeit ist

### Die Vermeidung von Überstunden.

#### Zahl der Unfälle in Waldhof.

Jahr	Zahl der Unfälle	Rückgang der Unfälle in Prozent seit 1926
1926	384	—
1927	295	23,3
1928	368	4,17
1929	271	45

Die Unfälle sind demnach von 1926 bis 1929 um rund 45 Prozent zurückgegangen. Dieser Rückgang sei zum großen Teil auf das tatkräftige Eingreifen der Unfallverhütungs-Kommission zurückzuführen. Um dieses Resultat zu ermöglichen, war es notwendig, daß jeder Unfall von der Bedienungsmannschaft des Sanitätszimmers der Unfallverhütungs-Kommission unverzüglich mitgeteilt wurde, damit diese über die Ursachen des Unfalls sich unverzüglich an Ort und Stelle unterrichten konnte. Direktion und Betriebsrat überwachen ferner auf das genaueste, daß auch der kleinste Unfall vom Sanitätspersonal sofort registriert wird.

So weit in kurzen Zügen der Bericht der Unfallkommission der Zellstofffabrik Waldhof vom 15. Januar 1930.

Seit Jahren haben wir wiederholt bei der Besprechung der Berichte der Papiermacherberufsgenossenschaft auf ein ähnliches Zusammenwirken zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft hingewiesen. Unsere Kritik an den Berichten der Papiermacherberufsgenossenschaft hat zur Folge gehabt, daß diese uns seit Jahren die Übersendung ihrer Geschäftsberichte verweigert. Um so mehr freuen wir uns, daß in der Zellstofffabrik Waldhof mit gutem Resultat die gemeinsame Arbeit zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft zur Unfallverhütung aufgenommen und durchgeführt wurde. Wir können nur hoffen, daß auch in den übrigen Betrieben der deutschen Papiererzeugungsindustrie recht bald solche Unfallverhütungs-Kommissionen entstehen. Wir sind überzeugt, daß es dadurch nicht nur möglich wird, die Betriebsunfälle selbst auf eine möglichst geringe Zahl herabzudrücken, sondern daß dann auch die Ursachen der Unfälle nicht nur von den Unternehmern, sondern vor allen Dingen auch von der Papiermacherberufsgenossenschaft objektiv beurteilt werden.

G. Stähler.

#### Papiermaschinenfahrer gelten nicht als Angestellte.

Wir hatten seinerzeit bereits im „Proletariat“ mitgeteilt, daß das Versicherungsamt Chemnitz am 31. August 1929 die Frage entschieden hat, daß Papiermaschinenfahrer der Angehörigenversicherung nicht unterstehen. Gegen diesen Entscheid hatte der Christliche deutsche Werkmeisterbund Beschwerde beim Oberversicherungsamt in Chemnitz eingelegt. Dieses hat nun in seiner Sitzung am 13. März 1930 die Beschwerde des Deutschen Werkmeisterbundes zurückgewiesen und damit anerkannt, daß Papiermaschinenfahrer als Arbeiter, nicht aber als Angestellte zu behandeln sind. Diese Entscheidung des Oberversicherungsamts in Chemnitz ist endgültig. Damit ist aber auch zu gleicher Zeit die Frage der Organisationszugehörigkeit der Papiermaschinenfahrer entschieden. Diese gehören demzufolge nicht in die Angestelltenorganisationen, sondern in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

### Nahrungsmittel-Industrie

#### Neuartige Rübenabläder für die Zuckerindustrie.

In wenigen Industriezweigen spielt die Rohstoffanfabr und -verladung eine so große Rolle wie in der Zuckerindustrie; beträgt doch der Rohstoff, also die Zuckerrübe, rund das Sechsfache des wirklich anfallenden Fertigproduktes. In einer Zuckerfabrik, die während der Hauptbetriebszeit 200 000 Ztr. Zucker herstellt, sind also 1 200 000 Zentner Rüben anzufahren und abzuladen. Das ist nach den heutigen Begriffen aber erst eine mittlere Fabrik. Größere Fabriken haben 2 Millionen Zentner Rüben und mehr bei der Verladung zu bewältigen. Hierbei waren früher große Abladekolonnen tätig.

Die Zuckerindustrie setzte daher mit der Rationalisierung auch hier in erster Linie an. Rippabläder, Dreifachabläder, Wasserspülabladeeinrichtungen usw. wurden geschaffen. Am praktischsten sind die Wasserspülabladeeinrichtungen. Sie sind aber nur dort zu verwerfen, wo die Rübe gleich veratbeitet wird, also in der Zuckerfabrik selbst. Nun gehen aber die Bestrebungen dahin, eine Anzahl Zuckerfabriken in einem bestimmten Umkreise stillzulegen und die Rüben von den stillgelegten Betrieben in einer technisch gut ausgebauten Zuckerfabrik mit zu verarbeiten, um so die bestehenden Anlagen für längere Zeit auszunutzen. Hier war aber nun bei den Landwirten eine große Schwierigkeit zu überwinden. Sie wollen die Rüben möglichst nahe bei ihrem Hof abladen. Sollte daher eine Fabrik stillgelegt werden, dann war dieses immer die erste Schwierigkeit, die auftrat. Man hat den Ausweg gesucht, die Rüben per Bahn der Zuckerfabrik zuzuführen. Dabei war aber wieder das Umladen vom Fuhrwerk zur Bahn erforderlich. Dagegen sträubte sich die Landwirtschaft, da es ihr mehr Arbeit brachte.

Es galt, eine Umladeeinrichtung zu schaffen, die wenig Zeit und wenig Arbeitskräfte erfordert, aber nicht an die Zuckerfabrik selbst gebunden ist. Man hat Hochrampen dafür angelegt, um so durch Rippeneinrichtungen die Rüben abzuladen. Aber auch dieses kann nicht überall durchgeführt werden; außerdem ist die Anlegung einer Hochrampe mit sehr großen Kosten verbunden. Die Zuckerfabrik Stöbnitz hat nunmehr einen Ablade- oder vielmehr Umladeapparat konstruiert, der aus einem großen, transportierbaren Eisengerüst besteht. In dem Eisengerüst befinden sich Hub- und Rippeneinrichtungen, so daß die Rübe aus dem Fuhrwerk ausgehoben, hochbefördert und so über Rollen in den Eisenbahnwaggon gekippt wird.

Hierzu war aber nun erforderlich, daß auch die Fuhrwerke entsprechend dieser Einrichtung konstruiert sind. Man stellte „Lattenrost“ her, die mit Drahtseilen verbunden sind und der jeweiligen Wagenlänge angepaßt werden können. Mit diesen Lattenrosten ist es nun möglich, die ganze Rübenfuhr durch den oben bezeichneten Apparat in einem Male auszuheben, hochtransportieren, über Rollen zu leiten, daß der Schmutz zu einem großen Teile gleich abfällt, und in den Bahnwagen zu bringen. Über die Arbeit dieses Apparates sagt Herr Betriebsassistent G. Grudka (Stöbnitz), der das Funktionieren des Apparates in der „Deutschen Zucker-Industrie“ beschreibt, der wir diese Zeilen entnehmen, folgendes:

„Die mit einem Lattenrost ausgelegten Fuhrwerke werden wie sonst beladen, gemogen und fahren unter den Enklader bzw. der Enklader, der über die ganze Länge der Verladestraße verfahrbar ist, fährt über den wartenden Wagen. Der Lattenrost wird nun einerseits mit den sechs Einhängehaken am Rosthubwerk mittels Karabinerhaken festgehackt. Die seitlichen „Schotten“, die ebenfalls für alle Höhen und Längen der Fuhrwerke verstellbar sind, werden angepaßt, um ein seitliches Überquellen von Rüben zu verhindern, und das Rosthubwerk in Tätigkeit gesetzt. Der Rost wird einseitig fast senkrecht nach oben gezogen und dadurch die Rüben in den Rippstapel gewälzt. Der Rippstapel hat bei einer Länge von 4,5 Meter etwa 100 Zentner. Nach Herablassen des Rostes durch das Hubwerk und Zurücklegen in das entleerte Fuhrwerk wird der Rippstapel von einem zweiten Fuhrwerk nach oben befördert, wo er mittels seitlichen Führungsrollen zwangsläufig zum Kippen gebracht wird und automatisch zum Stillstand kommt. Die Rüben fallen nun auf einen kastenförmigen in drei Etagen verstellbaren Rost. Die einzelnen Roststufen sind einfach und schnell je nach der Trockenheit bzw. Rostfähigkeit des Materials in ihrer Neigung in den weitesten Grenzen zu verstellen. Bei der Endstellung einerseits — also bei vollständigem Jalouseinstellen übereinanderlegen der drei Stufen — besitzt der Rost eine Neigung von 65 Grad, also genug, um Rübenblätter zum Rutschen bzw. „Kollern“ zu bringen. Dieser Rost ist an hochkantgestellten Flacheisen mit festliegenden Querverbindungen und einem lichten Abstand von 40 Millimeter zwischen den Stäben gestaltet, unterstützt durch den dreimaligen Fall, eine Schmutzabfuhrung von etwa 6 bis 10 v. H., die durch die Frachtersparnis fast allein die Anlage amortisiert. Die Rüben fallen in den bereitstehenden Waggon, der Schmutz durch den Schmutztrichter zwangsläufig in das unten entladene Fuhrwerk zurück. Die Mitnahme des Schmutzes, die für die Sauerhaltung der Ladestraße Bedingung ist, hat also damit zwangsläufig und streiflos eine günstige Lösung gefunden.“

In dem Aufsatz wird dann weiter gesagt, es sei möglich, ein Fuhrwerk mittels dieses Apparates in dreieinhalb bis vier Minuten „abzuladen“. Wird nun die Fuhrwerke nicht alle auf einmal ankommen, dann ist es möglich, die Lagesanfuhr laufend abzufertigen. Das lange Warten, bevor man zur Rampe kommt, ist dann, wie früher, nicht mehr erforderlich. Das brachte früher aber viel Verdruß. Dazu nahm das Abladen mit der Hand lange Zeit in Anspruch. All dieses soll durch den Apparat auf ein Minimum beschränkt werden. Zur Bedienung der ganzen Einrichtung sind je nach Leistung zwei bis vier Mann nötig, während früher eine mittlere Zuckerfabrik eine Rübenabladekolonne von 30 bis 35 Mann hatte. Nach der Beschreibung soll also der Apparat folgende Vorteile aufweisen:

1. Vollmechanische, schnelle Umladung, daher erhöhte Leistung der Spannane.
2. Trockene Umladung, daher ungeschwächte Lagerfähigkeit der Rüben.
3. Niedrige Stromkosten im Gegensatz zur Rastumladung und Wegfall von Schlammseifen.
4. Billige Anschaffungskosten im Vergleich zur Rampe.
5. Verwendungsmöglichkeit auch an anderer Stelle (auch in der Fabrik für trockene Silobeladung), im Gegensatz zur Rampe, die unverschiebbar ist.

Neben anderen Vorteilen hat also dieser Apparat noch den Vorteil, daß er transportiert werden kann. Er ist also an einen bestimmten Standort nicht gebunden. Bisherig wurden

Die Rüben an der Anlieferungsstelle zum Teil durch Wasser...

Die Herstellung dieses Apparates eröffnet nun noch weitere...

Die Landwirtschaft klagt ja dauernd darüber, daß sie keine...

E. Senkfeld.

Verschiedene Industrien

Christbaum schmuckmacher sind umsatzsteuerfrei.

In der Spielwaren- und Glas-Hausindustrie werden eine...

Bei der Rechtsmitteldurchführung haben wir drei ver-

Unsere Einsprüche wurden vom Finanzamt am 23. Mai...

Im Namen des Reichs.

In der Umsatzsteuerfrage 1928 des Christbaum schmuck-

- 1. Geh. Finanzrat Dr. Mittermüller, als Vorsitzender, 2. Regierungsrat Heinemann...

Die Einspruchsentscheidung und der Steuerbescheid werden aufgehoben.

Die Kosten der Rechtsmittel trägt das Reich.

Bei der Einspruchs- und Berufungsbegründung haben wir...

In seiner Begründung zu den Urteilen fährt das Finanz-

„Nach § 1 des Umsatzsteuergesetzes unterliegen der Um-

heft kommt es nicht an und ebenso wenig auf die Rechtsform...

Diesen allgemeinen Ausführungen folgt eine Schilderung...

„Der Christbaum schmuckhersteller erhält seine Aufträge...

Wir brachten demgegenüber zum Ausdruck, daß trotz...

Das Finanzgericht Rudolstadt hat bei seiner Entscheidung...

Das Urteil trägt zwar unserem Willen nicht vollkommen...

Das Urteil ist auch für andere Gruppen in der Glas-

S. Effein.

Markthandel mit Kränzen und Kunstblumen.

Der Preussische Minister für Handel und Gewerbe hat...

Auf Grund des § 66 der GO. in Verbindung mit dem...

seit Jahrzehnten an den betreffenden Orten gehandhabt...

Wenn man den § 66 in seiner noch heute geltenden...

Durch den Bescheid des Preuss. Ministers für Handel...

Der Bezirksausschuß Hannover machte auf Grund des...

XVI. W. 7. 28. Beschluß.

Gemäß § 66, Absatz 2 der Reichsgewerbeordnung wird...

Gründe.

Der Magistrat der Stadt Hannover hat unter dem 25. April...

Zur Begründung führt er unter Beibringung zahlreicher...

Nach § 66, Abs. 2 der Reichsgewerbeordnung in Verbindung...

Da der Verkauf von Kränzen auf Märkten, auch soweit...

Hannover, den 28. Juni 1928.

Der Bezirksausschuß. (Unterschrift).

Dieser Beschluß trägt zweifellos, den seit Schaffung des...

S. Effein.

Literarisches.

„Wirtschaftsfrage, Kapitalbildung, Finanzen“, die Entwicklung...

Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Soziologie und ihr Kampf...

